



Der Initiativkreis VINE hat im Vorfeld des Netzwerk21kongresses 2010 in Nürnberg ein Positionspapier erarbeitet und breit zur Diskussion gestellt. Die vorliegende Version beinhaltet eine redaktionelle Überarbeitung auf Basis der eingegangenen Kommentare.

Das Positionspapier wurde auf dem Netzwerk21Kongress in Nürnberg nochmals diskutiert und erhielt im Abschlussplenum die breite Unterstützung der Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer. Nachfolgend besteht für weitere Akteure und Organisationen die Möglichkeit, das Positionspapier zu unterstützen.

Der Arbeitskreis VINE bringt hiermit das vorliegende Positionspapier als Diskussionsbeitrag in den Dialogprozess zum Fortschrittsbericht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien ein.

Berlin 11. November 2010

Positionspapier

Vertikale Integration von Bund, Ländern und Kommunen als Schlüsselement zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung

Der Initiativkreis VINE (Vertikale Integration einer nachhaltigen Entwicklung) ist das Ergebnis eines Gründungsimpulses des bundesweiten Netzwerk21Kongresses, um wirksamer auf die Verbesserung der Abstimmung zwischen den Ebenen Bund, Länder und Kommunen in Bezug auf eine Nachhaltige Entwicklung hinzuwirken. Der Initiativkreis versteht sich daher als breit angelegtes Bündnis, das VertreterInnen von Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für die Erreichung dieses Ziels zusammenführen und einen Beitrag zur politischen Diskussion leisten will.

In seinen Bemühungen beruft sich der VINE-Initiativkreis auf den im Herbst 2009 veröffentlichten Peer Review zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik, der im Auftrag der Bundesregierung erfolgte. In diesem wird von einem internationalen Expertengremium ebenfalls auf die Defizite der vertikalen Integration zur Nachhaltigen Entwicklung zwischen den föderalen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen hingewiesen und eine enge Zusammenarbeit und vertiefte Integration auf Basis verschiedener Maßnahmen empfohlen (vgl. S. 76).

Der Initiativkreis VINE greift diese Empfehlung auf, um auf allen föderalen Ebenen die Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien anzuregen, die aufeinander abgestimmt sind und eine in sich konsistente Nachhaltigkeitspolitik zum Ziel haben. Gerade aus der Perspektive der Umsetzung einer nachhaltigen Politik vor Ort ist dies unerlässlich. Der Initiativkreis VINE lädt mit diesem Positionspapier interessierte Nachhaltigkeitsakteure auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen zu einem offenen Dialog ein, den strategischen Weg und die erforderlichen Maßnahmenbausteine für eine verbesserte vertikale Integration der Nachhaltigkeitspolitiken zu diskutieren und zu entwickeln.

Hierbei kann der Initiativkreis anknüpfen an der sich intensivierenden Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, der zunehmenden Zahl der Länder, die sich eine Nachhaltigkeitsstrategie geben und den vielfältigen Bestrebungen für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene. Der VINE-Initiativkreis hat zum Ziel, Vorschläge für eine Stärkung der Vertikalen Integration zu erarbeiten und in die Diskussion einbringen.

Als wichtige Dialogpartner in diesem Prozess betrachten wir den Rat für Nachhaltige Entwicklung sowie die Nachhaltigkeitsräte und -konferenzen auf Länderebene, den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Bundestages, die zuständigen Gremien der Bundesregierung, die Staats- und Senatskanzleien und die Landesministerien und Fachministerkonferenzen, die sich mit Themen der Nachhaltigkeit befassen, insbesondere die Umweltministerkonferenz mit ihrer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Klima und Nachhaltige Entwicklung. Ebenso wichtige Dialogpartner sind die Kommunalen Spitzenverbände, die Politik und die Kommunalverwaltungen, der Bund-Länder-Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit, die Länderperspektivkonferenz zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft und Wissenschaft und natürlich die Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Organisationen und Ansprechpartnern.

Der Initiativkreis VINE ist der festen Überzeugung, dass es zur Lösung der vielschichtigen Problemlagen nicht an Leitzielen und geeigneten Maßnahmen auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen mangelt, sondern an einer schlüssigen, die Ebenen übergreifenden Herangehensweise, an richtig gesetzten Anreizen und einem breit getragenen Konsens zur politischen Umsetzung, um Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip politischen und gesellschaftlichen Handelns zu verankern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden folgende strategisch orientierte Maßnahmen vorgeschlagen:

Bausteine für ein "Prozess-Design Nachhaltigkeit"

- Damit das Leitbild und die Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung durchgängig eine klar erkennbare Richtschnur der Politik werden, bedarf es der **Initiierung und Etablierung kontinuierlicher, integrierter, verbindlicher, sowie von den Medien kommunizierter Dialogprozesse auf allen föderalen Ebenen und zwischen ihnen.**
- Die auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken sollen **inhaltlich aufeinander abgestimmt** werden. Diese Anforderungen werden gegenwärtig nicht hinreichend erfüllt und sind einer **kritischen Prüfung** zu unterziehen. Daher müssen **Institutionen und Verfahren** entwickelt und auf den unterschiedlichen Ebenen verbindlich verankert werden, die eine Konsensbildung zwischen den verschiedenen Akteuren und eine Koordination der Strategien ermöglichen. Außerdem müssen sie Wissenstransfer und Beratung für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gewährleisten. Ein solcher **Prozess** muss an den **vorhandenen Strukturen** anknüpfen und macht gleichzeitig **strukturelle Innovationen** notwendig, um den besonderen Anforderungen vertikaler Integration gerecht werden zu können. Eine intensivere **Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kommunen** kann Anreize für den Wandel vor Ort schaffen und dem Engagement auf lokaler Ebene neuen Auftrieb geben.

- Die zielgerichtete Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken bedarf einer zirkulären **Evaluierung**. Auf allen föderalen Ebenen sollte daher die Erstellung von **Nachhaltigkeitsberichten** auf der Grundlage allgemeiner **Kernindikatoren** und spezifischer Indikatoren für die jeweilige Ebene ein strategisches und empirisch überprüfbares Vorgehen ermöglichen. Weiterhin könnten **Peer-Reviews auf Landesebene** und auf kommunaler Ebene zu einer kontinuierlichen Prozessreflexion beitragen.
- Die bereits auf Seiten des Bundes eingeführte **Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung** und ähnliche Bestrebungen in den Ländern weisen eine Vorbildfunktion auf. Geeignete Verfahren, z. B. qualifizierte Nachhaltigkeitschecks, sind zur Prüfung und Steuerung auch auf kommunaler Ebene notwendig. Abgestimmte Maßstäbe und die Berücksichtigung der jeweils anderen Ebenen sind wichtig für eine verbesserte vertikale Verzahnung der Nachhaltigkeitspolitiken.
- Der **Finanzausgleich** zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Ländern und Kommunen bedarf der **Ausrichtung an messbaren Nachhaltigkeitskriterien** (Nachhaltigkeitsziele, die Schlüsselzuweisungen begründen, Städtebauförderung etc.). Bei Zuwendungen von Bund und Land müssen Nachhaltigkeitskriterien in die **Förder- und Finanzierungsprogramme** aufgenommen werden. Dabei sollte das System so ausgestaltet werden, dass Anreize für eine Nachhaltige Entwicklung erzeugt werden.

Ansprechpartner:

Dr. Klaus Reuter

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

k.reuter@lag21.de

fon.0231.936960-11

www.lag21.de

Katrin Nolting

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH

k.nolting@izt.de

fon.030.803088-35

www.izt.de